

# Memorandum zur deutschen Frage

## SED-Regime verhindert menschliche Kontakte — Bonn schaltet sich ein

W. Bonn (Eigenbericht). Bundesaußenminister v. Brentano hat am Montag den Botschaftern und Gesandten von 70 Staaten ein Memorandum übergeben, in dem die Bundesregierung darstellt, wie die kommunistischen Machthaber in Pankow seit einiger Zeit systematisch alle menschlichen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands unterbinden. Gleichzeitig wies der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, vor der Presse darauf hin, daß von westdeutscher Seite aus keinerlei Beschränkungen mehr für Besuche aus der sowjetischen Zone bestehen. „Wir wären glücklich“, sagte er, „wenn man auf der anderen Seite genauso vorgehen würde. Falls dazu technische Beratungen nötig wären, so wäre die Bundesregierung dazu bereit.“

Nach dem Memorandum ist der Besucherverkehr zwischen der sowjetischen Zone und Westdeutschland seit der Verkündung des neuen Paßgesetzes in der sowjetischen Zone auf ein Drittel der früheren Zahlen herabgesunken. Während in den ersten vier Monaten des vorigen Jahres noch 680 000 Menschen aus der sowjetischen Zone nach Westdeutschland kamen, erhielten in den ersten vier Monaten dieses Jahres nur noch 216 000 die Genehmigung, ihre Verwandten und Freunde im Westen zu besuchen. Ganzen Personengruppen, wie z. B. Lehrern, Studenten und technischen Facharbeitern werden grundsätzlich keine Genehmigungen mehr zur Reise nach Westdeutschland erteilt.

Das Grundrecht auf Freizügigkeit wird den Deutschen in der Sowjetzone ebenfalls verweigert. Sie können das Gebiet der „DDR“ auf legalem Wege nicht verlassen, selbst dann nicht, wenn der Antrag auf Übersiedlung ins Bundesgebiet zum Zwecke der Eheschließung oder gar nach bereits erfolgter Eheschließung gestellt wird. In diesem Fall soll der Ehepartner veranlaßt werden, in die Zone zu übersiedeln.

Die letzte Verschärfung erhielten die Bestimmungen durch die Änderung des Paßgesetzes. Dort hieß es in Paragraph 8 noch 1954: „Wer ohne Genehmi-

gung das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland verläßt.“ In dem Paßänderungsgesetz von 1957 ist der Passus „nach dem Ausland“ gestrichen worden, so daß die angedrohten Strafen

## Gäste aus der Zone bleiben unbehelligt

### Bonn weist Behauptungen über Unsicherheit zurück

Berlin (dpa). Der Staatssekretär im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck, erklärte in einer Rundfunkansprache, Reisende aus der Sowjetzone blieben in der Bundesrepublik völlig unbehelligt, wenn sie sich keiner Straftat schuldig machten. Mit dieser Erklärung wies Thedieck die Behauptungen der Sowjetzonenbehörden zurück, daß es für die Bürger Mitteldeutschlands keine Sicherheit in der Bundesrepublik gebe. Einer Gefahr der Strafverfolgung, sagte Thedieck, setzt sich nur der aus, der Angriffe ganz konkreter Art gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung führe oder zu führen versuche. Die Zugehörigkeit zur SED und eine politische Tätigkeit in Mitteldeutschland werde in der Bundesrepublik keineswegs als strafwürdig ausgelegt.

Zum Fall Baumgart sagte der Staatssekretär, dieser Ostberliner Journalist und FDJ-Funktionär sei nicht, wie die SED

auch für den Interzonenverkehr gelten.

Das Memorandum untersucht bis ins einzelne die Einschränkungen und Behinderungen der Kontakte auf wissenschaftlichem, auf kirchlichem, auf kulturellem Gebiet und im Sportverkehr. Es kommt zu dem Schluß: „Diese Politik des SED-Regimes in der Sowjetzone spricht nicht nur der Verfassung der ‚DDR‘, sondern allen Gesetzen der Menschlichkeit Hohn und verdient die Aufmerksamkeit aller, die in jeder Form der Gewaltherrschaft und der Freiheitsberaubung eine Gefahr für den Frieden der Welt erkennen.“

behauptet, auf Grund der Proteste gegen seine Verhaftung freigelassen worden. Er wurde auf freien Fuß gesetzt, weil das Oberlandesgericht in Hamm die Stichhaltigkeit der Haftbeschwerde anerkannt und deshalb den Haftbefehl aufgehoben habe. Man könne nicht oft genug sagen, daß die Gerichte in der Bundesrepublik unabhängig seien und es keinen staatlichen Einfluß auf ihre Entscheidungen gebe.

Thedieck hob hervor, daß seit Jahren zahlreiche Korrespondenten der Zeitungen und des Rundfunks der Sowjetzone uneingeschränkt im Bundesgebiet arbeiteten. In der Sowjetzone dagegen gebe es keine ständigen Korrespondenten von Zeitungen und Rundfunkstationen aus der Bundesrepublik. Es sei wahrhaftig lächerlich, den Fall Baumgart als eine Einschränkung der Pressefreiheit auszuhebeln und sogar mit Gegenmaßnahmen zu drohen.

## Atom-Wahlen?

K. W. B. Am Sonntag wird im größten deutschen Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, gewählt. Es ist die erste Wahl nach den Bundestagswahlen vom vorigen September, und mit ihr beginnt der Reigen von fünf Länderwahlen dieses Jahres, der über Schleswig-Holstein, Hessen und Bayern Anfang Dezember in Berlin endet. Für ein paar Stunden war am Freitag der Lärm des Wahlkampfes mit Tumulten, Beschuldigungen und anderem kräftigen Getöse in den Bonner Bundestag eingedrungen. Sicherlich haben es die bayerischen Abgeordneten gut gemeint, die ihre erregten Kollegen aufforderten, ihre Auseinandersetzungen nicht im Weißen Haus am Rhein, sondern in den Versammlungssälen der rheinischen und westfälischen Städte fortzusetzen. Doch das Fieber, das in Bonn registriert werden mußte, hat seine Ursachen nicht nur in der Zugehörigkeit der provisorischen Bundeshauptstadt zum Land an Rhein und Ruhr. Man spricht in den Dörfern und Städten Nordrhein-Westfalens keineswegs mehr von Brücken und Wasserwerken, von Feuerwehr und Straßen, von Krankenhäusern und Schulen, wenn man über den politischen Gegner von heute und morgen herfällt. Von der Atombewaffnung, von kontrollierter Abrüstung und von Ungarn, von Chruschtschow und der entmilitarisierten Zone ist straßauf, straßab die Rede. Theoretisch mag die Ermahnung, in Wahlen zum Landesparlament nur die Fragen der Landespolitik zur Diskussion zu stellen, auch heute noch immer richtig sein — praktisch hält sich kein Redner mehr daran, will aber offenbar auch kein Zuhörer sich mehr dafür interessieren.

An Versuchen, mit den Wählern darüber in ein Gespräch zu kommen, ob die bisherige Regierungskoalition im 14-Millionen-Land an der Ruhr gute oder mangelhafte Arbeit geleistet habe, hat es nicht gefehlt. Die Düsseldorfer Landesregierung selbst, die vor zwei Jahren durch den Husarenritt der „Jungtürken“ aus der FDP in einer Art kalten Putsches gebil-

det worden war, hat sogar alle Anstrengungen gemacht, nachzuweisen, wie wenig grundsätzliche Veränderungen, wie wenig Experimente sie gegenüber der früheren langjährigen CDU-Regierung während ihrer kurzen Amtszeit gebracht hat. Aber selbst diese betuliche Bemühung der als Revolution begonnenen SPD-FDP-Koalition, sich als die getreuen Fortführer einer gestürzten konservativen Landespolitik anzubieten, hat die Wähler nicht sichtlich bewegt. Sorgfältige Beobachter des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen berichten statt dessen, daß die Bevölkerung des industriellen deutschen Kernlandes den Wahlthemen sich erst aufgeschlossen zeigt, wenn sie den drängenden Fragen der Außen-, Innen- und Wehrpolitik zugewandt sind. Das mag die Wahlmanager und Propagandisten mehr als bei jedem früheren Länderwahlkampf animiert haben, in Nordrhein-Westfalen eine Art Neu-Auflage der Bundestagswahlen abzurollen. Es scheint, als habe die Bundestagswahl mit ihren sehr harten Auseinandersetzungen noch lange nicht das gefährliche heiße Klima erreicht, in dem sich jetzt die Parteien und ihre Wortführer bei der Länderwahl gegenüberstehen.

Die Wahlen zum Landtag sind sichtlich nur ein Anlaß, die Bevölkerung aus dem Meinungs-vielerlei zu einem eindeutigen Ja oder Nein zu bewegen. Bisher mochte sich in den Landtagswahlkämpfen noch die Mehrzahl der kleinen und kleineren Parteien besser in Szene setzen können als bei den Wahlen zum Bundestag, bei denen der Zug zur Zwei-Parteien-Entscheidung sich immer kräftiger durchsetzt. Wenn nicht alles trügt, nimmt aber Nordrhein-Westfalen zum erstenmal diesen Parteien auch ihre letzten Hoffnungen. Die unaufhörliche Aufforderung an die deutsche Politik in der wechselhaften, aber immer gefährlichen Auseinandersetzung mit den Welten von Ost und West den richtigen und starken Platz einzunehmen, verlangt in zunehmendem Maße eine Politik des Entweder-Oder. Die mancherlei Zwischenlösungen und die vielerlei deklabaren und zu erdenkenden Kon-

zeptionen werden immer aufs neue von den harten Tatsachen, die die Weltmächte und insbesondere unsere östlichen Partner schaffen, weggespült. Das macht die Frage nach den politischen Nuancen und Taktiken zweitrangig. Es zwingt zur politischen Vereinfachung, die das innen-, wirtschafts- und sozialpolitische Detail zur Geringfügigkeit verurteilt.

Die Wahlkämpfe, die nun alle zwei Monate neu entbrennen, reißen die Fronten im Volk immer aufs neue auf. Und Wunden, die keine Zeit zum Heilen haben, müssen unheilbar bleiben und die Struktur gefährden. Der Wunsch, die Landtagswahlen der zehn deutschen Länder nicht mehr über die vier Jahre zwischen zwei Bundestagswahlen zu verteilen, sondern gemeinsam in der Mitte dieses Zeitraumes — wie etwa in den Vereinigten Staaten — abzuhalten, hat aus solcher Perspektive vieles für sich,

Die Opposition, die den Regierungsparteien im Bund widerstrebt, erhofft von den Abstimmungen im Bundesland eine Korrektur der Wahlentscheidung vom vorigen September. Sie erwartet den 6. Juli als ein Barometer für die vier Wahlen im Jahre 1958. Die Regierungsparteien und voran die CDU sind gegenüber solchen Erwartungen natürlich in der schwierigeren Position; denn der Adenauer-Regierung wird ja als schwerste Waffe die Behauptung entgegengefeuert, sie habe sich vor dem September 1957 gegen eine mögliche atomare Bewaffnung der Bundeswehr ausgesprochen. „Atomwahlen“ sind so aus den Wahlen des nächsten Sonntags geworden. Die Regierungsparteien — und vor allem Adenauer mit sehr massiver Aktivität — haben diese Herausforderung angenommen. Und sie zeigen sich heute trotz dieses psychologischen Handicaps sehr optimistisch. Vom großen einem Thema „Atompolitik“ ist die Wahlbefragung in einem Land zur Frage darüber geworden, ob die Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Politik weiterhin bestätigt, die sich klar an den Namen und die politische Linie Adenauers knüpft.

## Karl Arnold gestorben

B. Bonn (Eigenbericht)

Von allen Litfaßsäulen, von Zäunen und Anschlagtafeln in Nordrhein-Westfalen wirbt der Kopf Karl Arnolds. Eine Woche noch sollten die 10,5 Millionen Wähler in Nordrhein-Westfalen dazu aufgefordert werden, dieser Persönlichkeit wieder die Führung der politischen Verwaltung in Deutschlands größtem Bundesland in die Hände zu geben. Von den zwölf Jahren Nachkriegsgeschichte des Landes war ja neun Jahre lang Karl Arnold der Regierungschef von Nordrhein-Westfalen gewesen. Wie auch immer das Wahlergebnis vom nächsten Sonntag aussehen wird: Arnold kann der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen nicht mehr heißen. Den 58jährigen, Aktiven, Kernesunden, fällt bei der Heimfahrt von einer Wahlversammlung, deren er Dutzende in den letzten Wochen Abend für Abend abgehalten hatte, das Schicksal. Die tiefe Betroffenheit lähmt nicht nur die große Zahl seiner Freunde, sondern erschüttert auch die politischen Gegner, mit denen er sich je länger, je heftiger zu messen hatte. Mag man das Angebot der gegenwärtigen Regierungsparteien in Düsseldorf, angesichts des Todes Arnolds den Wahlkampf einzustellen, auch noch mit anderen Motiven erklären wollen: In den Worten, die SPD und FDP nach dem plötzlichen Hinscheiden finden, schwingt mehr als das römische „Nur Gutes über die Toten“.

Was die größte deutsche Partei mit Karl Arnold verloren hat, kann der Augenblick nur ungefähr erfassen. Er war nicht nur einer der profiliertesten Köpfe in dieser aus soviel verschiedenen aktiven Elementen zusammengewachsenen Partei, sondern ihm ging vor allem auch die Fama nach, daß er am stärksten an der Neigung arbeitete, zu den anderen politischen Kräften in Deutschland vertrauensvoll Brücken zu schlagen.

Seine Herkunft aus dem Lager der Christlichen Gewerkschaften hat ihn dazu prädestiniert, sich von den vielen politischen Aufgaben, denen sich die Christlich-Demokratische Union gegenüber sah, insbesondere der Aktion im sozialen

Sektor hinzugeben. In den Anfangsjahren der politischen Neubildung Deutschlands, da man an die übernommenen Begriffsformulierungen aus der Weimarer Republik wieder glauben anknüpfen zu müssen, mochte man den ehemaligen christlichen Gewerkschaftler wohl wie Jakob Kaiser als den Exponenten eines linken Flügels in der breiten Union kennzeichnen. Sosehr aber sich Arnold in den Gewerkschaften, in den Sozialausschüssen der CDU und auch bei der Auswahl der Aufgaben, die er als Regierungschef im Lande an Rhein und Ruhr anpakte, als eine Persönlichkeit erwies, die den Arbeiter besonders anzusprechen und zu gewinnen vermochte: sosehr hatte der Mann Karl Arnold von Jahr zu Jahr mehr sich der großen Gruppen und Schichten überspannenden politischen Zielsetzung verbunden.

Man kann sogar sagen, daß im politischen Wege Arnolds sich deutlich wie kaum anderswo abzeichnet, daß „Links“ und „Rechts“ in Deutschland überholte politische Klassifizierungen geworden sind. Es mochte einmal einen Adenauer- und einen Arnold-Flügel in dieser Partei gegeben haben. Nicht nur die starke Persönlichkeit des

Bundeskanzlers hat dieses Gegenspiel aufgelöst und aufgehoben, sondern gerade auch die Leistung und die politische Erkenntnis, durch die Arnold immer mehr zum gewichtigen Repräsentanten einer Politik geworden ist, die zwar wechselnde Mittel einsetzte, aber doch den gleichen Zielen zustrebte.

Wenn je eine Stunde und eine Situation gegeben war, in der ein Mann unersetzlich scheint, dann ist es die, die Karl Arnold jetzt abgerufen hat. Natürlich wird die Christlich-Demokratische Union auf ihre große Mannschaft von Persönlichkeiten hinweisen können, aus der heraus einer an Arnolds Platz treten wird. Doch der so früh Verstorbene nahm ein wesentliches Stück Politik sozialer und menschlicher Leistung mit sich ins Grab, das unübertragbar und an seine Züge gebunden bleibt. Die Union, die schon so manchen Verlust in den letzten Jahren hinnehmen mußte, wird am Tode Karl Arnolds besonders schwer zu tragen haben. Nicht nur in Nordrhein-Westfalen, das am nächsten Sonntag Arnold wählen sollte, sondern überhaupt und überall dort, wo es gelungen war, die Stauung von links und rechts aufzuweichen und das Bild einer neuen, allen Kräften des Volkes sich gleichermaßen öffnenden Politik energisch zu entfalten.

## Dr. Walther Schreiber †

Berlins ehemaliger Bürgermeister erlag einem Schlaganfall

Berlin (dpa). Der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin, Dr. Walther Schreiber, ist an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Dr. Schreiber, der am 10. Juni seinen 74. Geburtstag beging, mußte am 26. Juni nach einem schweren Anfall in das Berliner Hiltgard-Krankenhaus eingeliefert werden.

\*

DT. Noch vor wenigen Tagen sah man ihn im Rathaus Schöneberg zu gewohnter Stunde bei den Abschlußberatungen und Parlamentssitzungen. Wer ihn nicht kannte, mochte sein Alter vielleicht auf Ende 50, keineswegs aber auf über 70 schätzen. Dr. Walther Schreiber war ein Politiker echter Sach-

lichkeit, gradlinig ohne Umweg auf das Ziel zugehend. Das ganze Gegenteil eines Nur-Taktikers und eines sich in der Abhängigkeit wohlführenden Funktionärs, bewahrte er sich stets seine persönliche Selbständigkeit — ein schon im äußeren Auftreten korrekt wirkender Typ jener Herrengeneration, deren letzte Vertreter jetzt zu zählen sind.

Geboren am 10. Juni 1884 als Sohn eines Gutsbesitzers in Sachsen-Anhalt, studierte er nach seiner Schulzeit in Weimar Rechtswissenschaften. Auch ihm wurde Friedrich Naumann zum wegweisenden Lehrer. Politisch trat Schreiber nach dem ersten Weltkrieg in der Demokrati-

Fortsetzung auf S. 4

## Dr. Walther Schreiber †

Fortsetzung von S. 3

schen Fraktion des Preußischen Landtages hervor. 1925 wurde er preußischer Minister für Handel und Gewerbe im Kabinett Marx und später in den Kabinetten Brauns. Durch Herrn von Papen wurde er schließlich 1932 seines Ministeramtes enthoben.

Die vielen Anfeindungen der nationalsozialistischen Zeit und harte Schicksalsschläge — er verlor seinen einzigen Sohn im Kriege und wurde fünfmal ausgebombt — machten ihn nicht verschlossen, sondern stärkten seine Hilfsbereitschaft für Notleidende. 1945, als zum zweiten Male ein deutscher demokratischer Staat errichtet werden sollte, gehörte Walther Schreiber zu den Gründern der CDU in Berlin. Seine Erfahrungen als Verwaltungsfachmann, seine praktischen Kenntnisse der Wirtschaft, vor allem aber seine offenen und klaren Auffassungen paßten nicht in die sowjetische Deutschland-Konzeption. Und so wurden Hermes und Schreiber, die ersten Vorsitzenden der CDU, im Dezember 1945 von Marschall Schukow aus ihren Ämtern vertrieben, zumal sie die befohlene „Bodenreform“ als unsinnig ablehnten.

Als stellvertretender Bürgermeister und als Nachfolger Ernst Reuters lebt Walther Schreiber weiter im Bewußtsein der Berliner — eine Persönlichkeit, deren Verdienste die Stadt zu bleibendem Dank verpflichten.

## USA gegen Erpressermethoden

Washington, (dpa/ap). Der amerikanische Außenminister Dulles versicherte auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz, daß sich seine Regierung nicht erpressen lassen werde, um von den Sowjetzonenbehörden die Freilassung der neun Besatzungsmitglieder eines amerikanischen Hubschraubers zu erreichen. Dasselbe gelte für die kubanischen Rebellen, die 42 Amerikaner festhalten. Falls sich die USA solchen Erpressungsversuchen beugen würden, könnten auch andere Staaten dazu ermutigt werden, ebenfalls amerikanische Staatsbürger als Geiseln zu benutzen.

## Sowjet-Ballerina als Ladendiebin

Zwischenfall in Brüssel — Neuer Fall Ponomarewa

Büssel (ap). Einer der Stars des gegenwärtig zur Weltausstellung in Brüssel gastierenden Moskauer Bolschoi Balletts, die Tänzerin Olga Lepischinskaja, ist bei einem Ladendiebstahl in einem Brüsseler Warenhaus erwischt und der Polizei übergeben worden. Wie die Polizei bekanntgab, wurde die Tänzerin wieder freigelassen, nachdem sie den Diebstahl gestanden hatte. Eine gerichtliche Verfolgung sei nur vorgesehen, wenn dies von der Leitung des Warenhauses beantragt werde. Von Seiten des Warenhauses wurde erklärt, daß normalerweise kein Strafverfolgungsantrag gestellt werde, wenn es sich um den ersten Fall eines solchen Delikts handle.

Nach Mitteilung der Polizei hatte die Tänzerin zwei Paar Handschuhe, einen Regenschirm und einige Kleinigkeiten an sich genommen und bereits das Geschäft verlassen, als sie von dem Warenhausdetektiv gestellt und der Polizei übergeben wurde. Nachdem sie den Diebstahl eingestanden und sich ausgewiesen hatte, wurde sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Vorfall weist gewisse Ähnlichkeiten mit einem Ladendiebstahl der sowjetischen Leichtathletin Nina Ponomarewa auf, die vor zwei Jahren in einem Londoner Warenhaus fünf Hüte gestohlen hatte. Der Diebstahl der Diskuswerferin hätte damals beinahe zu diplomatischen Ver-

wicklungen geführt, weil sie sich anschließend geweigert hatte, vor einem britischen Gericht zu erscheinen, und sich statt dessen mehrere Tage lang in der sowjetischen Botschaft verborgen hielt.

Die 41jährige Primaballerina zählte zu Lebzeiten des Diktators zu den Favoriten Stalins und nimmt auch unter den neuen Herrschern im Kremel eine bevorzugte Stellung ein. Auch in Kreisen der in Moskau akkreditierten Diplomaten ist sie ein häufig und gern gesehener Gast. Ebenso berühmt wegen ihrer Tanzkunst wie wegen ihrer ungewöhnlich eleganten Garderobe, gehört sie seit Jahren zu den bekanntesten Erscheinungen der sowjetischen Hauptstadt.

## Bonn steht zu Verträgen mit Moskau

W. Bonn, (Eig.-Ber.) Die Kursänderung in der sowjetischen Außenpolitik, die seit der Bekanntgabe der Budapester Bluturteile festzustellen ist, hat keinen Einfluß auf die Erfüllung der deutsch-sowjetischen Verträge durch die Bundesrepublik. Die Bundesregierung hat dem Bundesrat überraschend schnell die beiden Verträge, die am 25. April abgeschlossen worden waren, zur Genehmigung vorgelegt. In der schriftlichen Erläuterung spricht die Bundesregierung die Hoffnung aus, daß ihre Durchführung „der weiteren Verbesserungen der beiderseitigen Beziehungen nützlich sein“ werde.

Mit dem neuen Botschafter in Moskau, Dr. Kroll, der zu seiner ersten Berichterstattung in Bonn eintraf, wird auch die Fortsetzung der deutsch-sowjetischen Politik besprochen werden. Es ist in Bonn bekannt, daß Dr. Kroll dafür eintritt, über die letzten Zwischenfälle in Rolandseck und Moskau hinwegzugehen und den Versuch einer allmählichen Verständigung mit der Sowjetregierung fortzusetzen.

Die Sowjetzonenrepublik sei darum bemüht, die Freilassung der neun Amerikaner von Bedingungen abhängig zu machen und von den USA einen politischen Akt zu erzwingen, der praktisch auf die Anerkennung der Sowjetzonenregierung als eines souveränen Staates hinauslaufen würde.

Kurz zuvor hatte der sowjetische Geschäftsträger in Washington Striganow gegenüber Staatssekretär Murphy den sowjetischen Standpunkt wiederholt, daß für die Freilassung der Flieger die Sowjetzonenregierung und nicht die Sowjetregierung zuständig sei.

# Auf der Jagd nach „Reserven“

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Der V. Parteitag der SED wirft überall in der Zone seine Schatten voraus. Die Bezirksdelegiertenkonferenzen fördern mancherlei Schwierigkeiten und Mängel zutage. Die Führer der SED fahren von einem Ort zum andern. Die Funktionäre werden von Versammlung zu Versammlung gehetzt. Den normalen Sterblichen machen sich die Vorbereitungen anders bemerkbar: Zu Ehren des Parteitages sind überall Verpflichtungen zur Mehrproduktion übernommen worden, ist überall zusätzliche Arbeit zu leisten. Die einfachen Menschen stöhnen unter der Last dieser Vorbereitungen. Sie wissen, daß nach dem Parteitag andere Kampagnen kommen werden, die ebenfalls viele Anstrengungen erfordern werden.

### HALLE

Auch die Schnüffler arbeiten für den Parteitag. Die Angehörigen der Paketkontrollstelle des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs in Halle verpflichteten sich zu zusätzlichen Leistungen. Allerdings wollen sie im Nationalen Aufbauwerk arbeiten. — Auf einer Baustelle des Aufbauparks aber konnten die „freiwilligen“ Helfer nicht viel tun, weil weder ein verantwortlicher Leiter noch Arbeitsgeräte vorhanden waren. „Bei solch einer verantwortungslosen Einstellung gegenüber der Bereitschaft der Werktätigen wird natürlich die ideologische Arbeit erschwert“, schimpft die „Freiheit“. — Mit Lack und Farbe für die Partei. Ein Rentner verpflichtet sich, den Kindergarten in Steuden zweimal weiß zu streichen und zu lackieren.

Die FDJ startet „Blitz“-Kontrollaktionen. FDJ-Mitglieder, Schüler und Junge Pioniere drängen in die Betriebe ein, überschwemmten Werkstätten, Lagerräume und Abstellplätze und forschen nach unbenutztem Material. Die „Freiheit“ schreibt dazu: „Einige Beispiele zeigen, welche gewaltigen Reserven noch in unseren Betrieben stecken.“ Denn es wurden für

100 000 DM Ölfarbentbestände aufgespürt und in einem Braunkohlenbergwerk 10 000 Tonnen Schlammkohle. Diese Schlammkohle ist noch für Teerpfeflinge und Eierbriketts zu verwenden. Die FDJler freuen sich, so „gewaltige“ Erfolge errungen zu haben. Und so mancher Werkleiter ist verzweifelt, weil ihm aus seinem Betrieb, für den ihm die Verantwortung aufgebürdet ist und nicht irgendwelchen FDJ-Funktionären, die letzten Reserven rausgeschleppt wurden.

### LEIPZIG

Kosmetische Artikel für den Parteitag. Der VEB Karma verpflichtete sich, für 300 000 DM zusätzlich kosmetische Artikel herzustellen. — Aber auch Schrott soll anlässlich des Parteitages in erweitertem Ausmaß anfallen. Jedenfalls verpflichtete sich die Handelszentrale Schrott, 5 Tage Planvorsprung zu erreichen. Die Bevölkerung fragt sich, woher denn plötzlich soviel Schrott kommen soll.

Vier Wochen ohne Lebensmittelkarten. Die Leipziger und auch alle anderen Menschen in der Zone sind nicht so begeistert, wie es die SED-Presse will. „Wenn man die Aufhebung der Rationierung als einen großen Erfolg feiert“, meinen manche, „dann zeigt das doch nur, daß die Bundesrepublik schon viele Jahre vorher diesen Erfolg erringen konnte“. — Die vergangenen vier Wochen brachten den Beweis, daß das Einkaufen doch erheblich teurer wurde. Der Lohnausgleich vermag nicht den Unterschied zwischen Karten- und HO-Preisen auszugleichen. Vor allem kinderreiche Familien und Schwerarbeiter mit den besseren Lebensmittelkarten kommen jetzt bedeutend schlechter mit ihrem Geld aus.

### BELZIG

Auch in der Zone viele Verpflichtungen zu Ehren des SED-Parteitages. Die Traktoristen wollen mehr fahren, die Melker mehr Milch hervorzaubern, die Agronomen wollen alles schneller wachsen lassen. Aber so einfach ist es nicht. Es liegen so-

gar viele Felder brach. Überall fehlen Arbeitskräfte. In Dippmannsdorf wohnt eine Bäuerin, von den beiden Söhnen arbeitet einer bei der MTS, wo er mehr verdient als zu Hause, der andere in Brandenburg. Die Frau muß sehen, wie sie mit 15 ha fertig wird. — In Belzig muß ein 60 Jahre altes Ehepaar allein 17 ha bewirtschaften. Der Mann und die Frau sind verzweifelt. Die Zeitung fragt: „Was wird aus dem Land?“ und stellt fest, daß man im Kreis Belzig keine klare Antwort auf diese Frage weiß. Denn im Kreisgebiet Belzig sind rund 500 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche überhaupt nicht bestellt.

### OSTBERLIN

Streitkräfte der Zone rüsten zum Parteitag. Ihre Zeitung „Die Volksarmee“ berichtet: „Die Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere unserer Einheiten versprechen der zentralen Delegiertenkonferenz, daß sie erhöhte Anstrengungen unternehmen, um bis zum V. Parteitag alle eingegangenen Verpflichtungen zur Gewährleistung der ständig erhöhten Gefechtsbereitschaft und zur Stärkung unseres Arbeiter- und Bauernstaates zu erfüllen.“

Bei dem Bau von Modellschiffen, Torpedoboot-Zerstörern, fehlen dringend Elektromotoren. Die „Volksarmee“ sendet Hilferufe aus: Damit die Schiffe angetrieben werden können, brauchen die Genossen E-Motoren. „Wer kann helfen?“ — Dafür soll aber energisch der Politunterricht verbessert werden.

Bei der Sportkonferenz der Volksarmee wird deutlich erklärt: „Körperkultur und Sport dienen der Verteidigungsbereitschaft.“ — „Die Offiziere, die die Bedeutung der Körperertüchtigung noch nicht erkennen, haben den Sinn ihrer Tätigkeit noch nicht begriffen.“ — Hauptaufgabe ist Entfaltung des Massensports. Den an einer Spartakiade teilnehmenden Sportlern wird die Aufgabe gestellt, in der Gesamtlanderwertung der Spartakiade mindestens den vierten Platz zu erringen. Alles zu Ehren der Partei.

# Friedliche Energie in Italien

## Kirchlicher Segen für die „Nucleare Vires“ — Atom-Ausstellung in Rom

H. Rom (Eigenbericht)

Italien will nicht mehr das Land der Romantik, der Mandolinen und Gondolieri sein, es sei denn für Touristen. Schon der Futurismus wollte das Italien Marconis als Avantgarde-Land der modernen Technisierung sehen. Damals schon malte man Bilder von „Ultra-Raum“ und „Ultra-Zeit“, von neuen „Weltenergien“. Der Faschismus nahm diesen „techniko-politischen“ Futurismus in sein ideologisches Programm auf. Die Mandoline und der Mond gelten als Symbole für das Kitsch-Italien der Fremden für die falsche „Italianità“, aber auch jener Italiener, die angeblich gerne viel singen und wenig arbeiten, der rückständigen, kleinbürgerlichen „Babbos“ und der lebensuntüchtigen „Lazzaroni“. Die „Aero-Pittura“ entstand, die Flug-Malerei, im Zusammenhang mit Balbos schneidigem Geschwaderflug nach Amerika. Seitdem gibt es in Italien einen „Kult der Technik“. Marconi gilt vielen als der wahre Repräsentant des italienischen Genies, größer als Dante und Verdi.

### Eine neue Romantik

Dieser Kult der Technik hat zwar auf dem Gebiete der Elektrotechnik und auch auf rein wissenschaftlichem Gebiete bedeutende praktische Leistungen und theoretische Erkenntnisse angeregt. Die schwierige Wirtschaftsstruktur Italiens jedoch, Rohstoffarmut und Bevölkерungsüberschuß, verhinderte die praktische Verwirklichung großer Träume. Italien, das Land, dem die Welt so viele erfindende Genies verdankt, fühlt sich heute wieder rückständig, längst überflügelt von den industriestarken Ländern. Es entsteht daher etwas Zwiespältiges: eine neue Romantik atomar-technischer Zukunftsvisionen, dabei aber auch der Wunsch, solche Bilder einer märchenhaften Zukunft, durch die angeblich fast alle sozialen Probleme gelöst werden könnten, rasch zu verwirklichen.

### Neuer Futurismus

Die „Internationale Ausstellung für Elektrotechnik, Atom-

energie und Fernsichttechnik“ in Rom ist daher dauernd überfüllt. Sie mußte bis Mitternacht offenbleiben, auch der Beleuchtungseffekte wegen. Italien erlebt in den imposanten Ausstellungshallen einen neuen „Futurismus“, eine Zukunftswelt, in der es keine Provinzialismen und schuftende Landarbeiter mehr gibt, keine Sorgen mit Kälte und Hitze, mit zuviel Regen und zuviel Sonne, mit entwaldeten Bergen, mit schwindsüchtigen Weizenfeldern unter sonnverdorren Felsen, mit Kohlen- und Eisenarmut, mit Häusern ohne Licht und Wasser, mit sozialen Unterschieden, mit Überschwemmungen und dürren Feldern, ja mit arbeitslosen Kindern. Der Weg vom Uranium bis zum „Atommeiler für friedliche Zwecke“

wird als der kurze Wunderweg des Märchens erlebt ... zum universellen Glück.

### Die atomare „EUR“

Es wirkt kaum noch als Zufall, daß diese Ausstellung, die vor allem von den USA mit einer verschwenderischen Fülle von Mechanismen aller Art ausgestattet worden ist, in jenen Hallen Platz gefunden hat, die Mussolini im Süden von Rom für die geplante Weltausstellung 1942 bauen ließ. Die jetzige „Atom-Ausstellung“ ist die bisher größte. Dem Rom der Cäsaren steht ein konkretes futuristisches Rom gegenüber, wenn erst in Modellen und in meist noch recht schwer verständlichen Mustern von Instrumenten, die wie kalte, stumme Ungeheuer in den Vitrinen liegen.

## Wo bleibt die Bundesrepublik?

Man freut sich, unter den vielen Fahnen am Ausstellungszotgoldene auch die schwarzrotgoldene zu sehen, aber vergebens sucht man in der Liste von 31 Staaten, darunter außer USA und Sowjetunion, England, Frankreich, Spanien, aber auch u. a. Polen und die Tschechei, nach dem Wort „Deutsche Bundesrepublik“. Auch am Kongreß für die friedliche Verwendung von Atomenergie nahmen keine Vertreter der Bundesrepublik teil, und es ist dies allgemein als ebenso bedauerlich wie als höchst eigenartig bezeichnet worden, denn wir haben auf dem Gebiet ja nicht nur einiges anzubieten, sondern auch noch viel zu lernen. Wozu also die schwarzrotgoldene Fahne? Wir erfuhren, daß die Ostzone zwei Vertreter geschickt hat, sie nahmen „inoffiziell“ teil. Mit der Fahne hat man es also nicht so genau genommen. Man dachte sich wohl: etwas von Deutschland ist anwesend und subsumierte das östliche recht munter einfach unters Westliche. Deutscher Geist im Ausland? Es ist das alte Lied...

Kehren wir zu den äußeren Wirkungen der Ausstellung in

Italien zurück. Wenn man auf Gespräche der Arbeiter achtet, die nach Feierabend in diesen nun auch schon „historischen“ Hallen wandeln, so wird man verblüfft sein: sie sprechen über diese Armaturen, Transformatoren, Meß-, Heil-, Signal- und Energiegeräte wie ihre Großeltern einst von den verschiedenen Rassen von Hühnern, Kaninchen und Ziegen, d. h. mit dem gleichen Wissen und der gleichen Leidenschaft. Im Kopf vieler Italiener, so scheint es uns, ist jedenfalls eine Voraussetzung vorhanden: Technik als Zukunftstraum und Sport füllen das Herz der meisten aus.

Das weiß der Staat, das weiß die Kirche. Die Ausstellung wurde vom Staatspräsidenten eröffnet und von Kardinal Tedeschini mit einer neuen, vom Vatikan entworfenen lateinischen Segensformel geweiht: „Ad Nucleares Vires“, für die Nuklearkräfte, für die friedlichen Nuklearkräfte. Für ihre Entwicklung und sinnvolle Verwendung fehlte der Kardinal den Segen Gottes herab, mit der gleichen Inbrunst wie die Kirche die Verwendung der Atomenergie zu zerstörerischen Zwecken verdammt.

# Politisches Asyl — heute

**Professor Kirchheimer: Wie war das Terror-Urteil gegen Imre Nagy möglich?**

Berlin (Eigenbericht)

Noch erregt die Verurteilung und Hinrichtung des ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten Nagy und seiner Mitarbeiter die Welt. Das, was jetzt geschah, konnte sich nur ereignen, weil ein offenkundiger Völkerrechtsbruch vorausging: der Bruch des Versprechens der Regierung Kadar auf freies Geleit und Straffreiheit für Nagy und die Seinen, nachdem ihnen in der jugoslawischen Botschaft in Budapest Asyl gewährt worden war.

Dieser Sachverhalt lenkt erneut die öffentliche Aufmerksamkeit auf die ganze Fragwürdigkeit eines schwierigen juristischen Problems, auf das Asylrecht. Sehr kritisch, nicht nur gegenüber dem Osten, legte kürzlich ein Fachmann, der Völkerrechtler Professor Dr. Otto Kirchheimer (Washington), den Finger auf die Wunde und erläuterte vor der „Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen“ in Düsseldorf die gegenwärtigen Verhältnisse.

## Keine einheitliche Auslese

Einer Fülle von Gesetzen, Verordnungen und Theorien steht heute, so betonte Professor Kirchheimer, eine durchaus uneinheitlich geübte, von den Theorien oft abweichende Praxis gegenüber. Sucht man eine einheitliche Linie in der Asylrechtsprechung verschiedener Zeiten und Nationen; so wird man sie eher in der mehr oder minder verhüllten Vertretung bestimmter Interessen feststellen können als in der Übereinstimmung von Theorien.

In den Vereinigten Staaten wird zum Beispiel mit Hilfe eines dichten Netzes widerspruchsvoller Bestimmungen und zahlreicher Quotenvorschriften eine negative Auslesepolitik getrieben: aus den verschiedensten Motiven und Interessen, die sich wie zu einem schwer entzifferbaren Kreuzwörtertsel zusammenfügen, ist dieser oder jener unerwünscht und wird abgelehnt. Dagegen übt Sowjetrußland aus staatspolitischen Gründen eine positive Auslesepolitik. Erscheint jemand ge-

nehm, weil sein Beruf oder sein besonderes Können als Spezialist hoch im Kurse stehe und dem Staat nützlich sein könne, so wird er aufgenommen.

## Die nachbarlichen Interessen

Immerhin verzeichnet das Genfer Abkommen von 1951, dem sich verschiedene europäische Staaten angeschlossen haben, eine Reihe von Empfehlungen, die jedoch nur für Einzelpersonen gelten. Ergänzend zum Asylrecht enthält es einige Bestimmungen, denen zufolge niemand in ein Land abgeschoben oder ausgeliefert werden kann, wo ihm Verfolgung droht. Demgemäß hätte Nagy weder in das kommunistisch regierte Rumänien noch zurück nach Ungarn gebracht werden dürfen. Kein Rechtsstaat hätte das getan.

An anderen Beispielen läßt sich zeigen, daß durch das Verhältnis eines Landes zu seinem Nachbarn seine Maßnahmen gegenüber politischen Flüchtlingen zuweilen entscheidend bestimmt werden. Holland hat z. B. nach 1918 nie ernsthaft daran gedacht, den deutschen

Kaiser an die Alliierten auszuliefern, wie es der Versailler Vertrag verlangte. Es wußte genau, wie nachhaltig ein Auslieferungsschluß das (auf soliden wirtschaftlichen Überlegungen basierende) nachbarliche Verhältnis zu Deutschland getrübt hätte.

Eine besondere Rolle spielt in politisch unruhigen Gegenden von jeher das diplomatische Asyl, das heißt die Aufnahme eines Flüchtlings in das extritoriale Gebiet einer ausländischen Mission. In Südamerika zum Beispiel wird es von allen Parteien und jedem Regime respektiert, eingedenk des möglichen eigenen Schicksals, ohne daß bindende Abmachungen vorlägen. Auch das Recht des Vatikans, in Krieg und Frieden politisch bedrohte und umstrittene Personen vorübergehend zu schützen, ist nie bestritten worden. Die Zwangslandungen von Flugezeugen in Westeuropa mit In-sassen aus Diktaturstaaten, die dadurch dem totalitären Machtbereich entfliehen wollten, wurden bisher ebenfalls von fast allen Staaten als gerechtfertigt anerkannt.

## Rechtsstaaten gegen Auslieferung

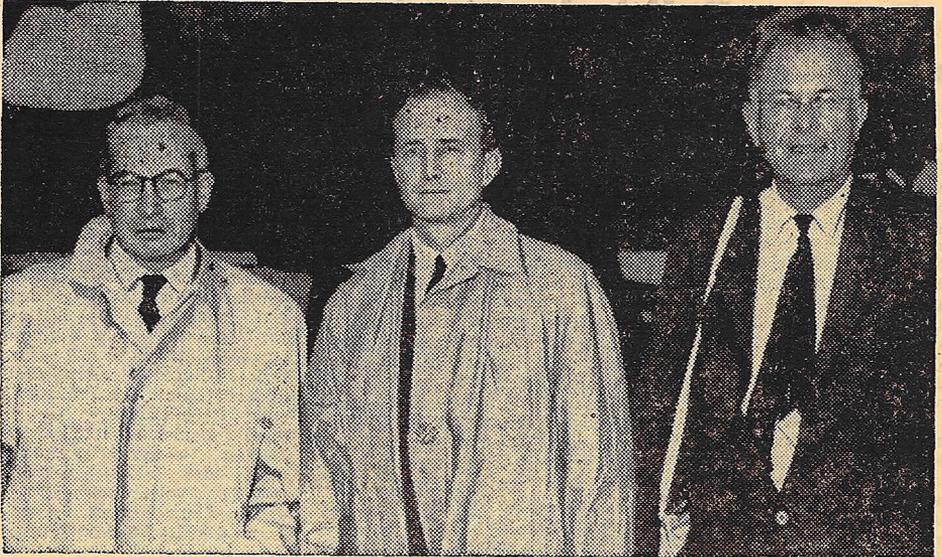
Auf jeden Fall beeinflußt die politische Lage jeweils die Entscheidungen darüber, ob das Asylrecht positiv oder negativ ausgelegt werden soll. Deshalb — so betonte Professor Kirchheimer — haben heute internationale Gerichtshöfe keine reale Chance. Tatsächlich ist eine internationale Strafgerichtsbarkeit undenkbar, da die Standpunkte der einzelnen Staaten gegenüber bestimmten Straftaten allzu stark voneinander abweichen. Das haben auch die Nürnberger Prozesse abermals bestätigt.

Heute, im Zeitalter unauflösbarer internationaler Verflechtungen, läßt sich immerhin jene Auffassung allgemein vertreten und praktizieren, der zufolge ein Rechtsstaat grundsätzlich keine Person aus politischen Gründen an einen anderen Staat ausliefern sollte. Das politische

Asylrecht — so schloß Professor Kirchheimer — muß notwendigerweise vorläufig ein Provisorium bleiben.

## Hochachtung vor Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Der norwegische Ministerpräsident Einar Gerhardsen hat sich aus Anlaß seines Berlin-Besuches in das „Goldene Buch“ der Stadt eingetragen. Bei einem Empfang erklärte er, er habe in Berlin den Eindruck gewonnen, daß die westeuropäischen Demokratien in dieser Stadt eine Schanze verteidigten, die unbedingt gehalten werden müßte. Die feste Haltung der Berliner habe auch in Norwegen ungeteilte Hochachtung gefunden. Der Berlin-Besuch des Ministerpräsidenten, der inzwischen wieder nach Oslo zurückgekehrt ist, bildete den Abschluß eines mehrtägigen Deutschland-Aufenthalts,



**BILDER DER WOCHE.** Oben: Die amerikanischen Sachverständigen für die Genfer Konferenz (von links nach rechts): Dr. Bacher, Delegationschef Dr. Fisk und Nobelpreisträger Dr. Lawrence. — Unten: Noch rechtzeitig zur Eröffnung der Filmfestspiele trafen auf dem Flughafen Tempelhof Annemarie Düringer (links) und Vera Kalman ein.

